Erscheint täglich
früh 6½ Uhr.

Redaction und Expedition
Johannesgasse 8.
Sprechstunden der Redaction:
Vormittags 10—12 Uhr.
Nachmittags 5—6 Uhr.
Für die Rückgabe eingesandter Manuscripte macht sich die Redaction nicht verbindlich.

Annahme der für die nächstfolgende Nummer bestimmten Inserate an Wochentagen bis 3 Uhr Nachmittags, an Sonn- und Festtagen früh bis ½9 Uhr.

In den Filialen für Inf.-Annahme:
Otto Klemm, Universitätsstraße 1.
Louis Lösche, Katharinenstr. 23, p.
nur bis ½3 Uhr.

Leipziger Tageblatt und Anzeiger.

Organ für Politik, Localgeschichte, Handels- und Geschäftsverkehr.

Meß-Auflage 19,750.
Abonnementspreis viertelj. 4½ Mk.
incl. Bringerlohn 5 Mk., durch die Post bezogen 6 Mk. Jede einzelne Nummer 20 Pf.
Belegexemplar 10 Pf.
Gebühren für Extrabeilagen
(in Tageblatt-Format gefalzt)
ohne Postbeförderung 50 Mk.
mit Postbeförderung 60 Mk.

Inserate 6gespaltene Petitzeile 20 Pf.
Größere Schriften laut unf. Preisverzeichniß
Tabellarischer u. Ziffernsatz nach höherm Tarif
Reclamen
unter dem Redactionsstrich die 4gespalt. Zeile 50 Pf., vor den Familiennachrichten die 6gespaltene Zeile 40 Pf.
Inserate sind stets an die Expedition zu senden. — Rabatt wird nicht gegeben.
Zahlung praenumerando oder durch Postnachnahme.

№ 266. Donnerstag den 23. September 1886. 80. Jahrgang.

Amtlicher Theil.

Bekanntmachung.

Die an den Böschungen des Abfallgrabens des Hochzeitswehres zwischen diesem und der hohen Brücke anstehenden Weidenpflanzungen sollen

Montag, den 27. d. M. Nachmittags 5 Uhr

zu einmaligem Schnitt an den Meistbietenden gegen sofortige baare Bezahlung und und unter den vorher bekannt zu machenden Bedingungen verpachtet werden.

Zusammenkunft: **Am Schreberstege bei der Schwimmanstalt.**

Leipzig, den 20. September 1886.

Der Rath der Stadt Leipzig.

Ib. 3499. Dr. Georgi. Krumbiegel.

Ausschreibung.

Die Zimmerarbeiten für den Neubau des **Siechenhauses** sollen vergeben werden.

Arbeitsverzeichnisse und Bedingungen können auf unserem Bauamt (Rathhaus, 2. Obergeschoß, Zimmer 5) entnommen werden.

Die Gebote sind versiegelt und mit der Aufschrift

„Neubau, Siechenhaus-Zimmerarbeiten"

bis zum 4. October c., Nachmittag 5 Uhr, daselbst einzureichen.

Wir behalten uns vor, sämmtliche Gebote abzulehnen.

Leipzig, den 21. September 1886.

Der Rath der Stadt Leipzig.

Dr. Georgi. Gringmuth, Assessor.

Einweihung der Neuen Börse.

Die Einweihung der Neuen Börse wird in Gegenwart Sr. Majestät des Königs

Mittwoch, den 29. September, Vormittags 11 Uhr,

im großen Börsensaale stattfinden. So weit der Raum nicht durch das Gefolge Sr. Majestät und durch die besonders einzuladenden Ehrengäste in Anspruch genommen wird, ist derselbe zunächst denjenigen Personen vorbehalten, welche eine Eintrittskarte für den regelmäßigen Besuch der Börsenversammlungen (vergl. die besondere Bekanntmachung) gelöst haben. Dieselben sind berechtigt, sich bis zum 27. d. M. eine **auf die Person lautende Eintrittskarte zur Einweihung** auf der Kanzlei der Handelskammer, Neue Börse, ausstellen zu lassen. Ohne eine solche Eintrittskarte kann der Eintritt während der Feierlichkeit Niemanden gestattet werden.

Dagegen werden an dem genannten Tage, den 29. September, **von 2 bis 5 Uhr** der festlich geschmückte große Saal und die offene Halle für die Productenbörse (nicht die übrigen Räume) zum freiem Eintritt geöffnet sein.

Leipzig, den 22. September 1886.

Die Handelskammer.

Dr. Wachsmuth, Vors. Dr. Gensel, S.

Einladung zur Theilnahme an den Börsen-Versammlungen.

Die Neue Börse, welche mit dem 1. October d. J. eröffnet werden soll, bietet den Kaufleuten und Fabrikanten von Leipzig und dessen Vorstadtdörfern sowie den Landwirthen der Umgegend würdige und zweckmäßige Räume für den Geschäftsverkehr. Es ist zu wünschen und zu hoffen, daß davon ausgiebiger Gebrauch gemacht werde.

Der Zutritt zu den Börsen-Versammlungen ist an die Bedingung der Lösung einer Eintrittskarte geknüpft, welche von der Handelskammer ausgefertigt wird und auf den Namen der berechtigten Person lautet. Die Eintrittskarte wird in der Regel auf ein halbes Jahr ertheilt und es sind dafür jedesmal 7.50 ℳ zu entrichten. Wer das Recht zum Besuch der **Börsenhalle** (Lesezimmer u. s. w.) zu erlangen wünscht, hat dafür noch weitere 5 ℳ halbjährlich zu zahlen. Das erste Mal werden diese Gebühren auf die Zeit **vom 1. October 1886 bis 30. Juni 1887** mit dem anderthalbfachen Betrage erhoben; es sind daher

für die Eintrittskarte **zur Börse auf den genannten Zeitraum 11.25 ℳ,**
für die Eintrittskarte zur Börsenhalle 7.50 ℳ

zu entrichten. Zum einmaligen Besuch der Börse ist eine Eintrittskarte für 0.50 ℳ zu lösen.

Abgesehen von dem obigen Eintrittsgelde, wird zur Deckung des Bedarfs der Börse von derjenigen Firmen, deren Inhaber oder Vertreter die Börse regelmäßig besuchen und daselbst Geschäfte schließen, ein nach dem Umfang dieser Geschäfte abzustufender Jahresbeitrag erhoben; dies leidet jedoch auf diejenigen Firmen, welche sich lediglich wegen des Waarengeschäfts im engeren Sinne an den Börsen-Versammlungen betheiligen, zunächst keine Anwendung.

Anmeldungen zur Ertheilung einer Eintrittskarte **werden an der Börse** (zur Zeit am Reichsmarkt) **und auf der Kanzlei der Handelskammer (Neue Börse,** Treppe A) entgegengenommen. Ebenda ist Näheres über die obigen Bestimmungen zu erfahren.

Leipzig, den 22. September 1886.

Die Handelskammer.

Dr. Wachsmuth, Vorsitzender. Dr. Gensel, S.

Nichtamtlicher Theil.

Zur bulgarischen Frage.

Die Beziehungen zwischen Rußland und Bulgarien sind so schlecht wie möglich, und es ist keine Aussicht vorhanden, daß sie sich demnächst verbessern werden. Rußland verlangt von den Bulgaren, daß sie die Vergangenheit vergessen und sich mehr mit der Zukunft beschäftigen sollen, das heißt, daß sie den Fürsten Alexander als für alle Zeit abgethan betrachten. Das ist aber leichter verlangt als befolgt, denn das Volk hängt mit Liebe und Treue an dem Fürsten, der ihm so große Wohlthaten erwiesen hat. Ferner verlangt Rußland, daß die Urheber des 21. August straflos ausgehen sollen. Das ist eine wo möglich noch weniger erfüllbare Zumuthung. Die öffentliche Meinung und das Rechtsbewußtsein des Volkes fordern gebieterisch die Bestrafung der Schuldigen, und trotzdem widersetzt sich Rußland derselben unter dem Vorwande, daß die Aufregung gegenwärtig noch zu groß sei. Das ist eben der Grund der Aufregung, daß Rußland für die Urheber des Staatsstreichs Partei ergreift. Rußland hat versprochen, sich jeder Einmischung in die inneren Angelegenheiten Bulgariens zu enthalten, im Widerspruch damit stellt der russische Consul die Forderung, das Verfahren gegen die Verschwörer zu unterbrechen und setzt zugleich eine Frist für die Beantwortung des Ansinnens unter Androhung seiner Abreise fest. Das ist eine Aufführung, die nur verständlich ist, wenn man annimmt, daß Rußland zu den äußersten Schritten entschlossen ist. Regierung und Volksvertretung in Bulgarien kümmern sich denn auch nicht um Rußlands Zorn, sondern handeln so, wie es ihnen ihr Pflichtgefühl gebietet. Die Kundgebung der Sobranje am Jahrestage des Staatsstreiches von Philippopel mit Tedeum, Dankt und Adresse an den Fürsten Alexander war gewiß nicht nach dem Geschmack der russischen Regierung, aber sie entsprach vollkommen den Gedanken und Empfindungen des bulgarischen Volkes. Fürst und Volk sind gewaltsam von einander gerissen worden, und dennoch soll das Volk seines Fürsten nicht mehr gedenken. Wenn die Bulgaren so treulos, so jedes natürlichen Gefühles bar wären, dann würde sich Rußland keine Hoffnung machen können, jemals die Sympathien der Bulgaren zu gewinnen, dann wäre das Volk für die Sclaverei reif und verdiente das Mitgefühl Europas nicht, was ihm heute in so hohem Maße entgegengebracht wird. Jede Regung des Widerhandes gegen die russische Vergewaltigung kann die allgemeine Achtung vor den Bulgaren nur erhöhen. Das Volk kämpft den Kampf des Freiheits- und Unabhängigkeitsbedürfnisses gegen rohe Gewalt, und solcher Kampf hat stets die moralische Unterstützung aller Wohldenkenden gefunden.

Den Russen zum Trotz ist die Fahne der Junkerschule und des Stromsky-Regiments verbrannt und bei diesem Acte die Handlungsweise beider öffentlich gebrandmarkt worden. Die meuterischen Junker und Soldaten haben im Sinne Rußlands gehandelt und rechnen deshalb auf Belohnung, während die bulgarische Regierung sie mit Recht der verdienten Strafe zu überliefern bestrebt ist. Durch diesen Widerstreit der Wünsche und Empfindungen auf beiden Seiten muß das gespannte Verhältniß zwischen Rußland und Bulgarien früher oder später zum Bruch getrieben werden, eine Aussöhnung auf friedlichem Wege erscheint undenkbar. Deshalb ist auch das „Journal de St. Pétersbourg" mit den letzten Nachrichten aus Bulgarien durchaus unzufrieden. Jeder Tag bringe die Nachricht von irgend welcher ungeziemenden Kundgebung, welche zeige, daß die Bulgaren Kampf und Streit, statt Frieden und Versöhnung ins Auge fassen. Das Gesetz, welches die Zusammensetzung der Kriegsgerichte in das Belieben des Kriegsministers stelle, müsse zu Ungeheuerlichkeiten führen, und die Ueberstürzung der Wahlen zur großen Sobranje sei kein gutes Vorzeichen, um so weniger, als sie mit einer Abänderung des Wahlgesetzes verbunden sei, welche die Freiheit der Wahl gefährde. Diese Klagen des russischen Regierungsorgans lassen erkennen, wohin die Absichten Rußlands zeigen.

Vorläufig wird ein Versuch mit der Sendung des Generalmajors v. Kaulbars gemacht, und wenn dessen „Rathschläge" nicht die gewünschte Wirkung haben sollten, dann werden voraussichtlich schärfere Maßregeln folgen. Gegenwärtig wird die Frage der Sendung russischer Officiere für die bulgarische Armee lebhaft erörtert. Eine solche Maßregel würde besonders, wenn die Zahl der russischen Officiere sehr beträchtlich wäre, einer russischen Besetzung gleich oder doch sehr nahe kommen. Das Experiment ist bereits einmal ohne den erwarteten Erfolg gemacht worden. Vor Ausbruch des serbisch-bulgarischen Krieges gehörten der bulgarischen Armee mehr als 250 russische Officiere an, die selbstverständlich die Aufgabe hatten, ihre Untergebenen zu gefügigen Werkzeugen Rußlands umzubilden. Daß dieser Zweck aber gänzlich verfehlt worden ist, beweisen die gegenwärtigen Zustände in Bulgarien. Die Absendung gegen die erneute Sendung russischer Officiere kann nicht größer sein als sie ist, Meuterei schlimmster Art, und Desorganisation der Armee würden die nothwendige Folge sein. Es wäre deshalb möglich, daß Rußland selbst von der Absendung der Officiere Abstand nähme.

Trotz der jüngsten Annäherung zwischen Rußland und der Türkei ist die Besorgniß der letzteren vor einer russischen Besetzung Bulgariens fortgesetzt groß und es sollen bereits der Türkei von verschiedenen Seiten Rathschläge ertheilt worden sein, zur Vermeidung einer russischen Besetzung des Landes türkische Truppen in dasselbe einrücken zu lassen. Zu einem so folgenschweren Schritt wird sich aber der Sultan gewiß nur entschließen, wenn sämmtliche Vertragsmächte dazu ihre Zustimmung ertheilen. In Bulgarien selbst herrschen gegenwärtig befriedigende Zustände, und der beste Beweis für die Aufrechthaltung von Ruhe und Ordnung im Lande ist die Absicht der Regierung, demnächst den Belagerungszustand aufzuheben. Um so schwerer ist die Verantwortung, welche Rußland auf sich nimmt, indem es das unglückliche Land fortgesetzt in seiner Ruhe stört. Demnächst wird die bulgarische Frage im ungarischen Reichstage verhandelt werden, die Interpellationen der Abgeordneten Horvath und Iranyi werden Gelegenheit zu sehr erregten Erörterungen bieten, es sei denn, daß Minister v. Tißa die Beantwortung der Anfrage verweigert, was aber ganz dem Herkommen in Ungarn zuwider laufen würde und die herrschende Aufregung nur vermehren könnte. In England ist die Volksvertretung daran gewöhnt, daß die Regierung Interpellationsbeantwortungen für unzeitgemäß erklärt, und so hat denn auch der Vertreter der englischen Regierung neulich im Parlament die Vorlegung der Correspondenz in der bulgarischen Frage verweigert. Die Erklärung Lord Churchill's in der Unterhaussitzung vom Dienstag kann auch nicht als Zeugniß für einen glatten Verlauf der bulgarischen Krisis gelten. Er sprach zwar die Erwartung aus, daß keine ernstlichen Schwierigkeiten eintreten würden, behielt sich aber vor, für den Fall des Eintritts solcher der Königin den für die Reichsinteressen geeignetsten Rath zu ertheilen. Der Zusammentritt der großen Sobranje ist das Ereigniß, auf welches sich jetzt die Blicke Europas richten. Der 11. October ist als Termin für die Einberufung der Versammlung bestimmt und bis dahin werden die Absichten Rußlands bezüglich der Fürstenwahl und des Verfahrens gegen die Urheber des 21. August klar hervorgetreten sein. Die Zwischenzeit ist kritisch und öffnet Zwischenfällen Thür und Thor.

Leipzig, 23. September 1886.

* Privatnachrichten aus Baden-Baden zufolge ist das Befinden des Kaisers ein durchaus befriedigendes. Die Aerzte geben sich der Erwartung hin, daß die Ruhe und die Fernhaltung des Monarchen von jeder Anstrengung der Kräftigung des Kaisers am besten dienen wird. Die Rückkehr des Kaisers nach Berlin ist in der ersten Octoberwoche zu erwarten. Bald nach der Ankunft des Kaisers sieht man am Hofe dem Besuche des Prinzregenten Luitpold von Bayern entgegen.

* Der Bundesrath hielt am Montag unter dem Vorsitz des Staatsministers Staatssecretairs des Innern von Boetticher eine Plenarsitzung ab. In derselben legte der Vorsitzende eine Mittheilung des Präsidenten des Reichstags vor, nach welcher der letztere beschlossen hat, dem zu Madrid am 28. v. M. zwischen dem Reich und Spanien abgeschlossenen Vertrage, betreffend die Verlängerung des Handels- und Schiffahrtsvertrages vom 12. Juli 1883, die verfassungsmäßige Genehmigung zu ertheilen. Der Vertrag wird zur Allerhöchsten Ratification vorgelegt werden. Sodann wurde noch über den dem Kaiser wegen Wiederbesetzung einer Rathsstelle zu unterbreitenden Vorschlag, sowie über die geschäftliche Behandlung mehrerer Eingaben Beschluß gefaßt.

* Bekanntlich ist vor einigen Tagen der Staatssecretair im Auswärtigen Amt, Graf Herbert Bismarck, mit der Stellvertretung des Reichskanzlers im Sinne des Gesetzes vom 1878 beauftragt, d. h. ermächtigt worden, im Gebiete seines Ressorts die verfassungsmäßige Verantwortlichkeit durch Unterzeichnung zu übernehmen. In einem Theil der Presse war dieser Anordnung eine ungewöhnliche Bedeutung beigemessen worden. Mit Bezug darauf schreibt die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung" officiös: „Dem gegenüber sei nur constatirt, daß sämmtliche Vorgänger des jetzigen Staatssecretairs in derselben Weise mit der Vertretung des Reichskanzlers im Bereich des Auswärtigen Amtes beauftragt waren, und zwar Herr v. Bülow durch Allerhöchste Ordre vom 29. April 1873, Fürst Hohenlohe, der nur zeitweise als Botschafter an die Spitze des Auswärtigen Amtes berufen war, durch Allerhöchste Ordre vom 30. April 1880 und Graf Hatzfeldt durch Allerhöchste Ordre vom 3. Juli 1881."

* Officiös wird aus Berlin geschrieben:

Die letzten Vorgänge in der auswärtigen Politik haben überall in Deutschland eine lebhafte Bewegung hervorgerufen, die sogar einen bedenklichen Charakter annahm, als die Oppositionspresse der Freisinnigen und Ultramontanen so that, als habe sie in der bulgarischen Angelegenheit einen bequemen Sturmbock gegen die Regierung gefunden. Was bei dieser Parteipresse aber eine theilweise künstliche Mache, eine Art von Aufbauschen ist, dem die innere Ueberzeugung zur Seite steht, daß man doch nichts damit erreicht, das wird an anderen Stellen zur reinen Naturwahrheit, zur Ueberzeugung, zu einem lebendigen Gefühl. Wir erinnern zunächst an die Socialdemokraten. Wir weisen ferner auf gewisse Grenzdistricte hin, wo sich der Haß gegen das deutsche Wesen mit dem Hasse gegen die deutsche Regierung untrennbar vereinigt. Von den Polen liegen genügende Erfahrungen vor. Aber auch die Dänen der nordschleswigschen Bezirke wandeln dieselbe Straße, und die allerneuesten Erfahrungen beweisen, daß, wenn man irgendwo Reichsfeinde zu suchen hat, sie dort sicher zu finden sind. Die nordschleswigsche Dänenpresse bezeugt das. Der von dem Candidaten für den 1. schleswig-holsteinschen Reichstags-Wahlkreis Herrn Gustav Johannsen geleitete „Flensburg Avis" äußert in der für ihn angenehmen Hoffnung, daß Deutschland mit Rußland baldigst in einen Krieg gerathen werde, die Aeußerungen des verstorbenen Generals Skobeleff, welche sich auf eine einzige Bewaffnung Deutschlands durch russische Irreguläre beziehen, wieder auf. Der „Dannewerke" bringt Correspondenzen aus Kopenhagen, worin mit Freuden darauf hingewiesen wird, daß der Schwerpunkt der europäischen Politik nach Petersburg verlegt zu sein scheine und daß diese Thatsache eine neue und bessere Zukunftsperspective für die Dänen eröffne. Man hoffe zu jenen Zeiten zurückzukehren, in welcher ein Wink des Zaren Nicolaus die deutschen Truppen zu einem schleunigen Rückzuge aus Jütland veranlaßte. Man erwartet einen unglücklichen Krieg Deutschlands mit Rußland und bofft daraus die Hoffnungen für die Wiedergewinnung Schleswig-Holsteins für Dänemark. Dasselbe Blatt bringt ferner eine bewundernde Biographie Paul Déroulède's und nennt ihn eine „sehr sympathische und anziehende Erscheinung". Das sind Blätter, die in — Deutschland erscheinen!

Wir haben hier die Ideale vor uns, welche die nordschleswigsche Dänenpresse im Herzen trägt, und zugleich die Mittel, deren Wirkung sie berechnet. Wie ein solcher Standpunkt mit der Zugehörigkeit zum deutschen Reiche vereinbar ist, wie diese Blätter es wagen können, der mit ihnen zusammenlebenden deutschen Bevölkerung gegenüber solche Ansichten zu entwickeln, wie sie sich dabei die Fortsetzung ihres Verhältnisses zu der sie beaufsichtigenden deutschen Behörde und Regierung denken — das ist uns unerfindlich.

* Die preußische Staatsregierung läßt gegenwärtig im ganzen Lande statistische Ermittelungen über das Volksschulwesen anstellen und in verschiedenen Uebersichten sollen die genauesten Angaben über alle in Betracht kommenden Verhältnisse gegeben werden. Dadurch wird, wie die „Deutsche Schulzeitung" bemerkt, ein umfangreicher, zuverlässiger und übersichtlich geordneter Stoff für eine zutreffende Beurtheilung der das Volksschulwesen berührenden Verhältnisse und zur Grundlage für weitere Bearbeitung gewonnen werden können. Die bezüglichen Ermittelungen betreffen u. A. das vorhandene Lehrerpersonal, die Lehrerstellen, die Hülfskräfte, Lehrerinnen, die Anzahl der Classen, Classenräume, das Classensystem, die Schülerzahl aller derjenigen im schulpflichtigen Alter stehenden Kinder, welche nicht die öffentlichen Volksschulen besuchen, sondern im Hause oder in Mittel- oder höhern Schulen unterrichtet werden, die Zahl der vorläufig vom Schulunterricht befreiten Kinder, die aus zulässigen Gründen vor vollendetem vierzehnten Lebensjahre aus der Schule entlassenen Kinder, die Sprachverhältnisse der Kinder und der elterlichen Familien, die Schulgeldentrichtung, das den Schulen gehörige Stiftungsvermögen, dessen Erträge und Verwendung, die Unterhaltungspflicht der Gemeinden, Schulverbände, Patrone u. s. w., die Besoldungsverhältnisse der Lehrer, das Einkommen der ausgedienten Lehrer, die Gewährung freier Wohnung und Feuerung, die kirchlichen Nebenämter der Lehrer, die Schulgebäude, die gemietheten Schulräume, die sachlichen Ausgaben für Schulgebäude, Geräthe, Lehr- und Lernmittel u. s. w. Es liegt die Vermuthung nahe, daß das so zusammengebrachte übersichtliche Material bei der Ausarbeitung eines Schulgesetzes mit verwerthet werden soll.

* Auf dem Umwege über Rom theilt die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung" ohne einen Commentar mit, daß alle Kleriker der Diöcese Posen-Gnesen begnadigt worden sind, welche in Folge der Maigesetze Verurtheilungen erlitten hatten. Das Werk des Friedens macht also täglich ernste Fortschritte.

* * *

* Ueber die neuere Wendung der französischen Politik wird der „National-Zeitung" von einem Correspondenten aus Paris vom 19. September geschrieben:

„Mit Programmen der Mission, welche Herr L'Herbette, der neuernannte Botschafter für Berlin, auszuführen haben soll, sind die hiesigen Zeitungen so freigebig, daß dem deutschen Auswärtigen Amt alle Mühe der Divination erspart wird. Aus allen den wunderlichen Einfällen, welche dabei zu Tag kommen, läßt sich immerhin eine gewisse Richtung der jetzigen französischen Politik mit Sicherheit entnehmen. Man ist sehr besorgt geworden, daß England mit der Besitznahme Egyptens Ernst machen könne. Ob Herr v. Freycinet mit derselben Zuversicht wie der größte Theil der Pariser Presse annimmt, es brauche nur eines freundlichen Winkes nach Berlin, um eine furchtbare Coalition gegen England zu Stande zu bringen, mag dahingestellt bleiben. Beachtenswerth ist aber, daß Herr von Freycinet sich noch einen anderen Punct ausgesucht hat, um den englischen Plänen auf Egypten entgegen zu arbeiten, einen Punct, auf dem er schon Erfolge zu haben scheint. Dieser Punct ist Konstantinopel. Die französische Botschaft hat mit großem Eifer auf die Pforte eingewirkt, um dieselbe zu veranlassen, ihre Rechte auf Egypten vorkommenden Falls mit allem Nachdruck geltend zu machen. Ein ähnliches Verfahren hat Rußland bekanntlich mit dem besten Erfolg in Bezug auf Bulgarien eingeschlagen; nun ahmt Frankreich dasselbe in Bezug auf Egypten nach. So ernten England die Früchte seiner unbegreiflichen Politik. Nachdem das Ministerium Gladstone bis zum Juni 1885 sich in Konstantinopel jeden Boden untergraben hatte, änderte das Ministerium Salisbury zwar diese Politik, und als Gladstone im Januar d. J. wieder ans Ruder kam, pflegte sein neuer Minister des Auswärtigen, Lord Rosebery, die wiedergewonnenen Fäden in Konstantinopel sorgfältig. Allein bei dem abermaligen Eintritt des Cabinets Salisbury im Juni d. J., wo die Pforte sich zu entscheiden hatte, ob sie den Fürsten Alexander halten wollte, ist von englischer Seite ein schwer einzubringendes Versäumniß begangen worden. Das Cabinet Salisbury glaubte fest, weil es so glauben wollte, die Emancipation Bulgariens müsse und werde von Oesterreich im Verein mit der Pforte herbeigeführt werden. Die Folge war, daß die Pforte sich verlassen sah und sich in die Arme Rußlands warf, wo sie nun immer fester ruht. Man kann nicht leugnen, daß die gemeinsame anti-englische Politik, welche die russische wie die französische Botschaft jetzt in Konstantinopel zu betreiben haben, wenigstens auf dem nächsten Schauplatz ein Zusammenwirken in den beiderseitigen Aufgaben hervorzurufen geeignet ist."

* Ueber den neuen französischen Botschafter am Berliner Hofe schreibt die „Neue Stettiner Zeitung" aus Stettin: „Es dürfte in weiteren Kreisen wohl wenig bekannt sein, daß der neuernannte französische Botschafter am Berliner Hofe, Mr. Jules Herbette, in unserm Lande kein Fremdling ist. Herr Herbette weilte im Jahre 1869 sieben bis acht Monate in Stettin und fungirte hierselbst als letzter diplomatischer Consul. Er wohnte damals mit seiner Gattin und seinen kleinen Töchtern im Hotel de Prusse. Herr Jules Herbette galt hier bei Denen, die mit ihm in nähere Beziehungen traten, allgemein als eine liebenswürdige Persönlichkeit; er war ein eleganter und gewandter Mann von sehr gefälligen gesellschaftlichen Formen. Die Annahme, daß in ihm als Vertreter seines Heimathlandes ein Mann berufen sei, der Deutschland ohne Voreingenommenheit gegenüberstehe, ja, mit wohlwollender Gesinnung für dasselbe erfüllt sei, darf nach den Beobachtungen, die man seiner Zeit hier in Stettin gemacht, wohl als zutreffend erachtet werden. Herr Herbette empfand die Wandlung, welche der Krieg von 1870 in dem bisherigen freundschaftlichen Verhältniß zwischen Frankreich und Deutschland hervorbrachte, für seine Person schmerzlich und gab, wie wir wissen, im Anfang des Jahres 1871, bald nach dem Friedensschlusse, dieser Empfindung Ausdruck in einem Schreiben an einen hiesigen geschätzten Arzt, mit welchem Herr Herbette während seines Stettiner Aufenthaltes in freundschaftlichem Verkehr gestanden hatte."

* In der Sonnabendsitzung der französischen Budgetcommission verlas der Deputirte Ménard-Dorian seinen Bericht über das Budget des Marineministeriums, der interessante Mittheilungen über den Kostenpreis der französischen Flotte und ihren Werth unter den offensiven und defensiven Gesichtspuncten macht. Das von Herrn Ménard-Dorian aufgestellte Inventar weist nach, daß der Werth des französischen Schiffsmaterials sich seit 15 Jahren um 169 Millionen vermehrt hat. Am 1. Januar 1886 betrug er 313 Millionen und 70 bereits für die noch im Bau befindlichen Schiffe ausgegebene Millionen. Am 1. Januar 1872 beliefen sich diese Posten auf 200 resp. 23 Millionen. Das Marinedepartement konnte demnach dem Geschwader zuführen: 12 Geschwaderpanzerschiffe, 7 gepanzerte Kreuzer, 8 gepanzerte Küstenwachtschiffe, 7 Batteriekreuzer, 9 Kreuzer erster Classe, 8 Kreuzer zweiter, 2 Kreuzer dritter Classe, 1 Torpedokreuzer, 13 Avisodampfer erster Classe, 23 Avisodampfer zweiter Classe, 7 Avisotransportschiffe, 8 Avisotorpedoschiffe, 14 Kanonenboote, 32 Kanonenschaluppen, 8 Dampfschaluppen, 9 Torpedoboote für die hohe See, 80 Torpedoboote, 10 Transportschiffe erster Classe, 1 Materialtransportschiff. Am 31. December 1886 werden nachstehende Schiffe noch in den Werfstätten verbleiben: 6 Geschwaderpanzerschiffe, 4 gepanzerte Kanonenboote, 2 Batteriekreuzer, 3 Kreuzer dritter Classe, 3 Torpedokreuzer, 2 Avisodampfer, 3 Transportavisodampfer, 45 Torpedoboote, 1 Transportschiff dritter Classe, 2 Segelfregatten. Diese Schiffe tragen nachstehende Artillerie: die 6 nach dem neuen Typus gebauten Geschwaderpanzer haben: 4 Kanonen von 42 Centim., 12 von 34 Centim., 6 von 27 Centim., 1 von 16 Centim. und 32 von 14 Centim. Die thatsächliche Geschwindigkeit dieser Schiffe übersteigt 14 Knoten. Die 7 Geschwaderpanzer, die weniger geschützt und weniger rasch sind, zählen 42 Kanonen von 27 Centim., 21 von 24 Centim. und 49 von 14 Centim. Die vier gepanzerten Kreuzer, deren Geschwindigkeit etwa 14 Knoten beträgt, besitzen eine gute Artillerie von 24 Centim.-Kanonen. Drei andere Schiffe dieser Art, die nur eine geringere Geschwindigkeit besitzen, werden in Friedenszeiten in den Stationen verwendet. Die sechs gepanzerten Küstenwachtschiffe tragen zusammen sechs Kanonen von 34 und sechs von 27 Centim. Die Schwenkungsfähigkeit dieses Schiffstypus ist sehr groß, seine Geschwindigkeit aber nur mittelmäßig; man hofft ihn mit Nutzen als Unterstützung der Torpedobootsabtheilungen verwenden zu können. Die vier gepanzerten Kanonenboote tragen je 1 Kanone von 27 oder von 24 Centim., sie ergänzen die jetzige gepanzerte Flotte Frankreichs. Herr Ménard-Dorian verhehlt sich nicht die Befürchtungen, welche ihm das Fehlen rascher Kreuzer einflößt. Die französische Marine besitzt gegenwärtig nur einen einzigen, der 18 Knoten macht, und einen Torpedokreuzer von gleicher Geschwindigkeit. Sie werden Eclaireurdienste versehen können. Sollte man in einem beschränkten Umkreise operiren müssen, so würden sie durch die Kreuzer erster und zweiter Classe unterstützt werden können, welche eine mittlere Geschwindigkeit von 14—15 Knoten besitzen. Herr Ménard-Dorian bemerkt zum Schlusse, daß es der Flotte namentlich an Geschwindigkeit gebreche; die Panzer der fremden Marinen haben eine Geschwindigkeit von 17—18 Knoten, keiner der französischen hingegen vermag eine 15 Knoten übersteigende Geschwindigkeit zu erreichen. Das Departement der Marine ist fest entschlossen, diesem Uebelstande abzuhelfen. Die für den Bau neuer Fahrzeuge verwendeten Summen vertheilen sich wie folgt: 12½ Millionen werden für den weiteren Bau von sechs großen Panzerschiffen verwendet; eins derselben wird 1887 und zwei andere 1888 fertig gestellt sein. 2 Millionen werden auf